

Die Tea Party Europas

Gnadenlos selbstgerecht. Besessen von der fixen Idee, dass der Staat keine Schulden machen dürfe. Kompromisslos mit dem Kopf durch die Wand, selbst wenn es den Staatsbankrott provoziert. Das ist die Tea Party in den USA. Zum Glück gibt es diese Radikalität nicht im deutschen Parteiensystem. Oder fällt sie uns nur nicht auf, weil ganz Deutschland so selbstgerecht ist?

Deutschland steht am Pranger. Wir sind die Tea Party Europas schreiben Medien im Ausland. Obsessiv fixiert auf die Staatsschuld, weigern wir uns zu investieren. Die über 24 Millionen Arbeitslose in der EU kümmern weder CDU noch wirklich die SPD. Sonntagsreden darf man halten. Aber handeln darf man nicht. Kompromisslos mit dem Kopf durch die Wand, selbst wenn es den Zusammenbruch Europas provoziert. Das ist Deutschland in Europa.

Sehen wir nicht, dass nationalistische Parteien in ganz Europa geradezu explodieren? Die deutsche Austeritätspolitik mit ihrer Blindheit gegenüber der Massenarbeitslosigkeit ist ein Nährboden für populistische Antieuropäer. Orban in Ungarn mag bislang der einzige Regierungschef in der EU sein, der sich offen gegen die freiheitliche Demokratie ausspricht. Wenn Marine Le Pen demnächst französische Präsidentin sein sollte, dürfen wir uns zu unserem selbstgerechten Autismus beglückwünschen.

Frankreich hat seit 2011 sein strukturelles, also konjunkturbereinigtes, Defizit um durchschnittlich 0,9% pro Jahr abgebaut. Deutlich mehr als die im neuen Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU geforderten 0,5%. Gleichzeitig werden gegen erhebliche Widerstände strukturelle Reformen durchgesetzt. Spät, aber immerhin. Selbst Regionen, das schwache Äquivalent unserer Bundesländer, werden zusammengelegt. Um das Defizit weiter zu reduzieren, wollte die Regierung 50 Milliarden Euro sparen. Damit dies die Konjunktur aber nicht noch stärker abwürgt, forderte Frankreich von Deutschland ein Investitionsprogramm in gleicher Höhe. Endlich einmal ein Fortschritt, um in Europa Wirtschaftspolitik besser zu koordinieren. Und wie hat die Bundesregierung reagiert? Manisch fixiert auf die schwarze Null sah sie nicht, wie sehr Deutschland von Investitionen profitieren würde. Aus Sicht europäischer Partner arrogant, forderte sie härteres Sparen, während die Eurozone in die Rezession zu rutschen droht. Billig ist es allemal, wenn Deutschland die Schwarze Null nur durch aberwitzig niedrige Zinsen für deutsche Staatsanleihen schafft. 130 Milliarden Euro sparten die öffentlichen Haushalte so laut Bundesbank durch die Folgen der Finanzkrise ein.

Zum Glück hat in den USA eine große Koalition die Tea Party isoliert und so den Staatsbankrott verhindert. Die Erfolge zeigen, dass es sich lohnt zu handeln. Die Ausgangslage war absolut vergleichbar. Auch in den USA hatte sich die Arbeitslosenquote durch die Krise etwa verdoppelt. Genau wie in Europa war in den USA

eine Immobilienblase implodiert, die wesentliche Fehlanreize ausgeübt hatte. Hier wie dort war ein Teil der Rezession struktureller Natur und ein Teil war konjunkturbedingt.

Die USA hat sich jedoch mit aller Macht gegen die Rezession gestemmt. Die Regierung legte ein Konjunkturprogramm in Höhe von 831 Milliarden Dollar auf. Die Notenbank Fed senkte die Zinsen von 5,3 auf 0,1% und kaufte Staatsanleihen im großen Stil. Erst zeitversetzt, senkte der Staat die Neuverschuldung. Alle wichtigen Ökonomen unterstützten die keynesianische Nachfragestimulierung. Der erzkonservative Martin Feldstein, ehemaliger Chefberater der Republikaner, genauso wie Larry Summers, der das Programm für Obama konzipierte. Die einzige Stimme, die moralisierend neue Staatsschulden und expansive Geldpolitik verteufelte, kam von der Tea Party. Zum Glück sitzt in den USA die Tea Party nicht an den Schaltstellen der Macht wie in Europa.

Und das Resultat? Massenarbeitslosigkeit Spanien, Griechenland und anderen Austeritätsländern. In den USA ist die Arbeitslosigkeit nach der Krise wieder weitgehend verschwunden.

Das gleiche gilt für die Geldpolitik. Die Inflationsrate in der Eurozone liegt nun schon seit Jahren bei knapp unter oder knapp über 0%. Vor wenigen Jahren waren wir noch bei 2,6%. Und wenn die EZB handelt, wie es ihr Mandat verlangt? Die selbstgerechte öffentliche Meinung in Deutschland geht auf die Barrikaden und spricht von Enteignung der Sparer. CDU-/CSU-Politiker beschimpfen die EZB und Mario Draghi, ohne den der Euro längst kollabiert wäre.

Wieder so ein Beispiel für deutschen Autismus. Die EZB hatte ihre Bilanz von 2012 bis 2014 von 3.082 auf 2.038 Milliarden Euro geschrumpft, bildlich gesprochen hat sie 1 Billion Euro vernichtet. In den USA hingegen hat die Notenbank im selben Zeitraum 1,6 Billionen Dollar „gedruckt“, indem sie ihre Bilanz von 2.809 Milliarden Dollar auf 4.450 Milliarden Dollar ausgeweitet hat. Mit dem Resultat, dass die Wirtschaft wieder brummt und die Zinsen für US Staatsanleihen wieder auf ungefähr 2,5% gestiegen sind. Wenn uns schon die Arbeitslosen in Südeuropa egal sind, sollten wir vielleicht an die armen deutschen Sparer denken. Nicht die EZB enteignet sie, sondern die Bundesregierung, die sich gegen eine Konjunkturbelebung in Europa wehrt.

Nicht alles aus den USA kann man auf Europa übertragen. Aber sicher ist, dass auch in Europa ein großer Teil der Arbeitslosigkeit konjunkturell bedingt ist. Die strikte moralisierende Weigerung endlich die Konjunktur wiederzubeleben, macht Deutschland zur Tea Party. Seltsam, wie Herr Schäuble stolz darauf sein kann, als „schwarze Null“ in die Geschichtsbücher einzugehen. Selbst führenden Wirtschaftsforschungsinstitute Deutschlands bezeichnen den krampfhaft ausgeglichenen Haushalt als reines Prestigeobjekt und fordern Investitionen.

Ein großes gemeinschaftliches Programm nachhaltiger Zukunftsinvestitionen in Europa wäre ein wichtiger Schritt aus der Krise:

Die Energiewende sollte nicht nur auf Deutschland begrenzt bleiben. Warum fördern wir Solarkraft nicht auch am Mittelmeer und Windkraft am Atlantik? Strom aus spanischer Solarkraft muss über die Pyrenäen durch Frankreich bis nach Deutschland leitbar sein. Dafür müssen die Netze ausgebaut werden. Gleichzeitig sollten wir Energieeffizienz verbindlich machen und die daraus ausgelösten vielfältigen Investitionen fördern. Das betrifft Gebäudeisolierung, Heizung und Klimaanlage genauso wie effiziente Elektrogeräte und vieles andere mehr.

Dringend sind auch Investitionen in Breitband Internet. Wir müssen den ländlichen Raum für die Zukunft fit machen. Das Internet erlaubt eine Vielzahl von neuen dezentralen Arbeitsmöglichkeiten. Wie kann es sein, dass ein Architekt aus der Eifel sich nicht an einer Ausschreibung in Hamburg beteiligen kann, nur weil die Übermittlung seiner Daten mangels stabiler Internetverbindung nicht möglich ist?

Neben den dringend erforderlichen Investitionen in Schulen und Kindergärten, gibt es auch im Bereich Bildung eine Vielzahl wichtiger europäischer Projekte. Das ErasmusProgramm ist ein wunderbares Erfolgsbeispiel. Nicht nur sind junge Menschen, die eine Zeit Ausland verbracht haben, besser ausgebildet und produktiver an ihrem zukünftigen Arbeitsplatz. Durch den Austausch wird auch ein wichtiger Beitrag zur europäischen Einigung geleistet. Daher sollten wir Erasmus gezielt weiter ausbauen.

All das kostet Geld. Geld, das wir angesichts hoher Staatsverschuldung nicht zu haben glauben. Gefangen im Hamsterrad des internationalen Steuersenkungswettlaufs sehen wir nicht das Potential europäischer Steuerkooperation. Irische Doppelsandwiches und andere abenteuerliche, heute noch legalen Steuergestaltungen sollten für immer der Vergangenheit angehören. Erste Maßnahmen kommen voran, doch während einige abstruse Blüten des internationalen Steuerwettbewerbs geschliffen werden, setzt ein neuer Steuersenkungswettlauf ein. Spanien, Italien, Frankreich – alle geben ihren Unternehmen neue milliardenschwere Steuervorteile. Doch auch die deutsche Bundesregierung tut nichts für ein Ende des abstrusen Europäischen Steuerwettbewerbs, von Mindeststeuersätzen will auch sie nichts wissen.

Und kosten kreditfinanzierte Investitionen nicht auch Glaubwürdigkeit, wie die Bundesregierung nicht müde wird zu behaupten? Wir könnten doch nicht die gerade geschlossenen Verträge wie den Fiskalpakt, den reformierten Stabilitäts- & Wachstumspakt oder die Schuldenbremse verletzen.

Natürlich müssen geschlossene Verträge respektiert werden. Es ist in der Tat absolut unerträglich, wenn der Eindruck aufkommen sollte, dass Verträge nicht für die großen Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien gelten würden. Die Verträge müssen

jedoch nicht verletzt werden, um ein Investitionsprogramm über zusätzliche Schulden zu finanzieren. Der Fiskalpakt schreibt vor, dass

der jährliche *strukturelle* Saldo ... dem ... *mittelfristigen* Ziel ... von 0,5 % des BIPs ... entspricht. Struktureller Saldo ist der *konjunkturbereinigte* jährliche Saldo *ohne Anrechnung einmaliger und befristeter* Maßnahmen.

Der Fiskalpakt ist bewusst nicht statisch gefasst. Angesichts der wirtschaftlichen Lage in Europa muss das Defizit konjunkturbereinigt werden. Nicht bereits heute muss die Defizitgrenze erreicht werden, sondern es gilt das mittelfristige Ziel. Außerdem sind einmalige befristete Maßnahmen erlaubt.

Auch die Schuldenbremse im Grundgesetz Artikel 109, Abs. 3 verfolgt die gleiche Linie:

Zusätzlich sind bei einer von der Normallage abweichenden *konjunkturellen* Entwicklung die Auswirkungen auf den Haushalt im Auf- und Abschwung *symmetrisch* zu berücksichtigen

Die Konjunktur kann also sehr wohl mit *deficit spending* stimuliert werden. Allerdings dürfen die Fehler der letzten Jahrzehnte nicht wiederholt werden. Wenn die Konjunktur wieder läuft, müssen symmetrische Überschüsse erwirtschaftet werden. So wie eine rigide Schuldenbremse während einer Konjunkturkrise fatal sein kann, so ist es wichtig dafür zu sorgen, dass langfristig die Schulden unter Kontrolle gebracht werden. Die expliziten Staatsschulden sowie die tickenden Zeitbomben, die sich aus den steigenden Kosten für Gesundheit und Alter ergeben.

Die Rentenreform ist das beste Beispiel dafür, wie die große Koalition das Gegenteil praktiziert. Wie kann man heute Austerität fordern und gleichzeitig die Staatsausgaben der Zukunft nach oben treiben? Wie können 60 Milliarden Euro für 63 jährige Frührentner Deutschland zukunftsfähig machen? Diese Milliarden hätten in nachhaltige Zukunftsprojekte investiert werden können.

Die EZB hatte der Politik Zeit geschenkt mit ihrer Ankündigung, alles zu tun, um den Euro zu retten. Diese Zeit scheint abgelaufen zu sein, ohne dass sie genutzt wurde, die gemeinsame Wirtschaftspolitik in der Eurozone nennenswert nach vorne zu bringen. Außer der Bankenunion ist nichts passiert. Der Traum einer Fiskalunion mag zu ambitioniert sein. Aber wenigstens die Wirtschaftspolitik könnte wesentlich enger koordiniert werden. Vorlagen gab es genügend. Erinnerung sei an die Vorschläge Van Rompuy, der Blueprint der EU-Kommission, der Plan der vier Präsidenten. Nichts ist daraus geworden, obwohl eigentlich alle wissen, wie notwendig es ist. So bleibt es dabei, die Geldpolitik der EZB und die Haushaltspolitik der Einzelstaaten spielen nicht aufeinander abgestimmt, sondern folgenden nationalen Logiken. Eine rationale Finanzpolitik à la USA ist so unmöglich.

Das liegt auch an der deutsch-französischen Blockade. Beide verhaken sich zwischen Solidarität und Solidität – und was zuerst kommen muss und wer sich zuerst bewegen muss. Der Bundesfinanzminister präsentierte zwar hochtrabende Pläne eines europäischen Haushaltskommissars, der in nationale Haushalte eingreifen könnte – ohne aber den Bundestag oder das deutsche Verfassungsgericht auf seiner Seite zu wissen. Im Endeffekt hat es zu einem Stellungskampf geführt, den wir alle gemeinsam verlieren. Die trostlose Leere nach dem Besuch der französischen Finanz- und Wirtschaftsminister in Berlin spricht Bände. Dabei war aus Frankreich ein höchst konstruktiver Vorschlag gekommen: Sparen, dort wo Grund zum Sparen herrscht und investieren, dort wo zu wenig investiert wird. Angesichts des deutschen Autismus wird nun stattdessen in Deutschland gespart und in Frankreich Unternehmen entlastet. Was für ein Trauerspiel!

Eine gemeinsame, rationale Wirtschaftspolitik kann es in der Eurozone erst geben, wenn mehr Entscheidungen tatsächlich gemeinsam getroffen werden. Weitere Schritte zu einer demokratischen, politischen Union sind schon lange in Deutschland parteiübergreifend geteilte Position. Die Bundesregierung berichtet regelmäßig, dass gerade in Frankreich für solche Schritte keine Bereitschaft bestehe. Aber wurde denn je ein attraktives Angebot von Deutschland vorgelegt? Robuste, solidarisch finanzierte Investitionen in das Europäische Haus, verknüpft mit einem großen Schritt zu gemeinsamer Wirtschaftspolitik und mehr Demokratie – das wäre ein solches Angebot, für das Merkel in Europa werben sollte. Doch dazu fehlen Ihr der Europäischer Mut und Vision.

Effizientere Verwaltung, Streichung umweltschädlicher Subventionen, Förderung ländlicher Entwicklung statt Hektarprämien. Es gibt genügend Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass Staatsausgaben besser eingesetzt werden. Aber jetzt müssen wir mehr investieren. Für unsere Zukunft. Und für die Gegenwart. Dramatische Arbeitslosigkeit bedeutet nicht nur immenses menschliches Leid. Es riskiert auch die Europäische Demokratie.